

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Rolf Linsler (DIE LINKE.)

betr.: Elternbeiträge für Kindertagesstätten

Vorbemerkung des Fragestellers:

„Immer wieder kommt es in den Kommunen wie der Landeshauptstadt Saarbrücken dazu, dass Eltern, die Geringverdienerinnen bzw. Geringverdiener sind oder Hartz-IV-Leistungen empfangen, Elternbeiträge und Essenskosten für den Besuch ihrer Kinder in einer Kindertagesstätte oder Krippe nicht bezahlen können. Daraufhin versuchen die Kommunen, diese Beiträge wiederholt zu pfänden, was in den meisten Fällen aufgrund der finanziellen Situation der Familien allerdings erfolglos bleibt.“

Vorbemerkung Landesregierung:

Die saarländische Landesregierung ist für die Beantwortung der Einzelfragen 1-4 der Anfrage nicht zuständig. Die Einzelfragen 5 und 6 wurden von der saarländischen Landesregierung beantwortet.

Der saarländische Landkreistag und der Regionalverband Saarbrücken wurden entsprechend ihrer Zuständigkeit gebeten, zur vorliegenden Anfrage mit Blick auf die Fragen 1-4 Stellung zu nehmen.

Der Landkreistag hat mit Schreiben vom 19.02.2013 und der Regionalverband mit Schreiben vom 20.02.2013 geantwortet.

Der Landkreistag hat zum Themenkomplex allgemein folgende Auskunft gegeben:

„Es gibt für den Bereich der Elternbeiträge gesetzliche Regelungen, die Eltern, deren Einkommen die Einkommensgrenze nach § 90 Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe -nicht übersteigt, von Elternbeiträgen frei stellt. Die Elternbeiträge für diesen Personenkreis werden von den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken als Jugendhilfeträger übernommen. Demzufolge ist es unwahrscheinlich, dass Bezieher von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende – Beiträge für die Kinderbetreuung schuldig bleiben, die dann von den Jugendhilfeträgern zu pfänden wären.“

Für den Bereich des letzten Kindergartenjahres stellte der Landkreistag Saarland fest, dass durch das Saarländische Kinderbetreuungs- und Bildungsgesetz (SKBBG) sowie die Verordnung zur Ausführung des Saarländischen Kinderbetreuungs- und Bildungsgesetzes (Ausführungs-VO SKBBG) eine Beitragsstaffelung derart gestaltet wurde, dass über die Einkommensgrenze nach § 90 SGB VIII hinaus auch Geringverdiener ganz oder teilweise von den Zahlungen des Elternbeitrages befreit sei-en. Dabei gelte folgende Regelung:

- Kein Beitrag ist zu zahlen, wenn das Familieneinkommen die Einkommensgrenze nach § 90 SGB VIII zuzüglich 300,00 € im Monat nicht übersteigt.
- Der Beitrag ist nur zur Hälfte zu zahlen, wenn das Familieneinkommen o.g. Grenze übersteigt, die Einkommensgrenze des § 90 SGB VIII zuzüglich 900,00 € im Monat jedoch nicht übersteigt.
- Der volle Beitrag ist somit zu zahlen, wenn das Familieneinkommen die Einkommensgrenze nach § 90 SGB VIII zuzüglich 900,00 € im Monat übersteigt.

Der Landkreistag Saarland hat bei seinen Mitgliedern eine Anfrage zum tatsächlichen Sachverhalt durchgeführt. Die Antworten des Landkreistages und des Regionalverbandes Saarbrücken sind den einzelnen Antworten zu den Fragen 1-4 zu entnehmen.

Wie viele Eltern haben im Saarland in diesem Jahr Kita-Beiträge ganz oder teilweise nicht bezahlen können? Nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach Landkreis.

Zu Frage 1:

§ 90 SGB VIII und § 7 Abs. 3 SKBBG regeln umfassend die Verpflichtungen des öffentlichen Jugendhilfeträgers in Bezug auf die Elternbeiträge. Sofern die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken nicht selbst Träger einer Kindertageseinrichtung sind, kommt im Sinne des § 90 SGB VIII ausschließlich die Übernahme von Teilnahmebeiträgen in Betracht.

In diesem Rahmen übernehmen die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken im vergangenen Kindergartenjahr ganz oder teilweise Elternbeiträge wie folgt:

Saarpfalz-Kreis

Im Saarpfalz-Kreis wird für 1.191 Kinder der Eltern-beitrag beim Besuch einer Kindertagesstätte ganz oder teilweise übernommen.

Neunkirchen

Zurzeit sind im Landkreis Neunkirchen 2.881 Kinder von 3 bis 6 Jahren wohnhaft. Die Zahl der Unterdrei-jährigen beträgt 2.691. Zurzeit werden 1.161 Eltern-beiträge für Kitas übernommen. Davon werden 876 Elternbeiträge für das Regelangebot bezahlt. Die restlichen 285 Übernahmen verteilen sich auf Ganztags- und Krippenplätze.

St. Wendel

Der Landkreis St. Wendel übernahm im letzten Kindergartenjahr in 561 Fällen Teilnahmebeiträge ganz oder teilweise.

Die anteilige Übernahme von Verpflegungskosten erfolgt gemäß § 10 Abs. 3 SGB VIII im Rahmen anderer Zuständigkeit.

Saarlouis

Im Jahre 2012 wurden vom Landkreis Saarlouis für 1.287 Kinder die Elternbeiträge für eine Kindertagesstätte und für 106 Kinder die Elternbeiträge für eine Kinderkrippe ganz oder teilweise übernommen.

Landkreis Merzig-Wadern

Die Übernahme des Elternbeitrages für den Besuch einer Kindertageseinrichtung bzw. für den Besuch der Freiwilligen Ganztagschulen erfolgt auch im Landkreis Merzig-Wadern gemäß dem SKBBG in Verbindung mit § 90 SGB VIII bzw. gemäß Kreistagsbeschluss.

Fallzahlen für die Übernahme von Beträgen:

Nur letztes Kindergartenjahr:

Januar bis Dezember 2012: 384 Fälle

Krippe, Kindergarten, Hort:

August 2011 bis Juli 2012: 586 Fälle

August 2012 bis heute: 556 Fälle

Freiwillige Ganztagschule:

August 2011 bis Juli 2012: 331 Fälle

August 2012 bis heute: 234 Fälle

Regionalverband Saarbrücken:

Derzeit werden in 4010 Fällen Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung vom Jugendamt des Regionalverbandes ganz oder teilweise übernommen. Zu den Kindertageseinrichtungen zählen neben Kindergärten auch Krippen, Horte und Betreuung nach der Schule (z. B. freiwillige Ganztagschule).

Wie viele Pfändungsversuche wurden in diesem Zusammenhang in diesem Jahr seitens der Kommunen unternommen – und wie viele davon verliefen erfolglos?

Zu Frage 2:

In Bezug auf eventuelle Pfändungsversuche kann für die saarländischen Landkreise und wohl auch für den Regionalverband Saarbrücken Fehlanzeige gemeldet werden. Im Übrigen ist festzuhalten, dass ein Kostenbeitrag aufgrund fehlender Voraussetzungen weder festgesetzt noch erlassen werden kann, womit auch jede Grundlage für eine Pfändung entfällt.

Die Übernahme der Elternbeiträge durch die Jugendämter der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken erfolgt auf Antrag, wobei die Einrichtungsträger im Allgemeinen die Anträge vorhalten und für einkommensschwache Eltern Formulare zur Beitragsermäßigung zur Verfügung stellen. Wie viele Eltern keinen Antrag stellen konnten bzw. bewusst darauf verzichtet haben, ist nicht bekannt. Informationen können hierzu nur von den Einrichtungsträgern über fehlende Zahlungseingänge gegeben werden, da die Träger anhand der fehlenden Zahlungseingänge konkrete Daten besitzen.

Für die Übernahme der Essenskosten gilt ebenfalls eine Verpflichtung zur Antragsstellung, um Sozialleistungen zu erhalten. Zum Pfändungsverhalten der Städte und Gemeinden als kommunale Träger können keine Angaben gemacht werden, da die Mahnfristen zur Beitreibung je nach Träger unterschiedlich ausgelegt werden.“

Der Regionalverband Saarbrücken ergänzt die Stellungnahme des Landkreistages wie folgt:

„Da der Regionalverband keine eigenen Einrichtungen unterhält und somit keine Beiträge vereinnahmt, können zu möglichen Pfändungsversuchen keine Aussagen gemacht werden. Die Beiträge werden von den Trägern der Einrichtungen erhoben; daher sind auch die Träger alleine in der Rolle, nicht bezahlte Beiträge eintreiben zu müssen.“

Auf welche Summe beliefen sich die Kosten für die erfolglosen Pfändungsversuche?

Zu Frage 3:

Es wird auf die Ausführungen des Landkreistages und des Regionalverbandes Saarbrücken in der Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Was ist die rechtliche Grundlage für diese Pfändungsversuche – auch wenn bekannt ist, dass die Schuldnerinnen und Schuldner etwa aufgrund einer Arbeit im Niedriglohnsektor oder als Bezieherinnen bzw. Bezieher von Hartz IV die Forderungen nicht begleichen können?

Zu Frage 4:

Es wird auf die Ausführungen des Landkreistages und des Regionalverbandes in der Vorbemerkung und in der Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Welche Kosten würden entstehen, wenn Geringverdienende und Bezieherinnen bzw. Bezieher von Leistungen nach dem SGB II von vorneherein von Elternbeiträgen für Kinderbetreuungseinrichtungen freigestellt würden? Wie viele Kinder würde dies betreffen?

Zu Frage 5:

Es wird auf die Stellungnahme des Landkreistages des Saarlandes zu den bestehenden gesetzlichen Regelungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - und des Saarländische Kinderbetreuungs- und Bildungsgesetz (SKBBG) Bezug genommen.

Kosten für die Betreuung und Förderung von Kindern von Geringverdienenden und Bezieherinnen bzw. Beziehern von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - werden demnach im Einzelfall auf Antrag durch die öffentliche Jugendhilfe übernommen, was faktisch einer Freistellung dieser Personengruppe von den Kosten gleich kommt.

Eine genaue Benennung der Zahl der Kinder, deren Eltern zum Personenkreis der Geringverdienenden und der Bezieherinnen und Bezieher von SGB II Leistungen gehören, ist aufgrund der fehlenden Definition von Geringverdienenden nicht möglich. Die Zahl der Kinder im Bezug von SGB II Leistungen allein ist der folgenden amtlichen Statistik zu entnehmen:

Berichtsmonat	Polit Gebietsstruktur	unter 1 Jahr	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
		1	2	3	4	5	6
Dezember 2011	10041 Regionalverband Saarbrücken	667	741	703	685	678	695
	10042 Merzig-Wadern	74	110	94	87	72	77
	10043 Neunkirchen	187	213	195	223	166	172
	10044 Saarlouis	177	256	238	218	209	221
	10045 Saarpfalz-Kreis	113	132	144	150	116	114
	10046 St. Wendel	38	58	50	49	47	55

Die Berechnung eines Kostenvergleiches zwischen der aktuellen Praxis der Kostenübernahme und der Freistellung von den Kosten ist aufgrund der Schwierigkeit, die genaue Anzahl der entsprechend der Anfrage betroffenen Kinder und die tatsächlich anfallenden Kostenbeiträge zur Kindertagesbetreuung zu ermitteln, ohne exakte Definition („Geringverdienende“) nicht möglich.

Wie steht die Landesregierung zu dem Vorschlag, Geringverdienende und Bezieherinnen bzw. Bezieher von Leistungen nach dem SGB II von Elternbeiträgen für Kinderbetreuungseinrichtungen freizustellen?

Zu Frage 6:

Geringverdienende und Bezieher und Bezieherinnen von SGB II Leistungen sind auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen im SGB VIII und nach dem SKBBG im Wege der Kostenübernahme durch die örtliche Jugendhilfe von den Beiträgen der Kindertagesbetreuung faktisch freigestellt. Die Entlastung der zuständigen kommunalen Haushalte durch eine Freistellung dieser Personengruppe zu Lasten des Landes ist in Anbetracht der verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht möglich.